

Niederschrift

über die 9. Sitzung der Stadtvertretung am Donnerstag, 25. Juni 2020
(mit nichtöffentlichem Teil)

Beginn: 15:00 Uhr
Ende: 20:11 Uhr

Unterbrechungen: 16:50 Uhr – 17:00 Uhr

Anwesenheit: Soll: 43 Mitglieder der Stadtvertretung
Ist: 40 Mitglieder der Stadtvertretung
93,02 %

Entschuldigt fehlte: Ratsherr **Albrecht** (SPD)
Unentschuldigt fehlten: Ratsherr **Donner** (SPD)
Ratsherr **Mieth** (B90/DIE GRÜNEN)

Anwesenheit des Oberbürgermeisters und der Stellvertreter:

Herr **Witt**, Oberbürgermeister
Herr **Modemann**, Beigeordneter und 1. Stellvertreter
Frau **Renger**, 2. Stellvertreterin

1 Eröffnung und Begrüßung

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, eröffnet die 9. Sitzung der Stadtvertretung und begrüßt die Mitglieder der Stadtvertretung und die anwesenden Gäste.

2 Einwohnerfragestunde

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, weist darauf hin, dass entsprechend der Geschäftsordnung der Stadtvertretung die gesamte Sitzung aufgezeichnet wird und bittet, bei Wortmeldungen eines der Mikrofone im Saal zu benutzen. Da es keine Wortmeldungen gibt, schließt Ratsherr **Stegemann** die Einwohnerfragestunde.

3 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, stellt die ordnungsgemäße Einladung fest (Postausgang per E-Mail am 16. Juni 2020, Ergänzung am 18. Juni 2020).
Die Anwesenheitsmehrheit wird festgestellt und die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

4 Beschluss über die Niederschrift der 7. Sitzung der Stadtvertretung (Umlaufverfahren) am 16. April 2020

Abstimmung: Die Niederschrift wird mehrheitlich beschlossen.

Beschluss über die Niederschrift der 8. Sitzung der Stadtvertretung (Sondersitzung) am 30. April 2020

Abstimmung: Die Niederschrift wird mehrheitlich beschlossen.

5 Aussprache zum vorliegenden Bericht des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

VII/331 Informationsvorlage
 Bericht des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
 Einreicher: Oberbürgermeister

Die Mitglieder der Stadtvertretung nehmen den Bericht des Oberbürgermeisters zur Kenntnis.

6 Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)

Ratsherr **Dr. Wieland** (DIE LINKE) bezieht sich auf den Beschluss der Bundesregierung, den Kommunen die Hälfte der Gewerbesteueraufwände zu erstatten und fragt, ob dazu schon nähere Informationen gegeben werden können.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, wird die Frage später im Zusammenhang mit Informationen, die er aus dem Deutschen Städtetag und dem Städte- und Gemeindetag geben wird, beantworten.

Ratsherr **Gesswein** (CDU) spricht die im Nordkurier thematisierte Nord-Süd-Achse in der Oststadt an. Für den Fußweg in einer Breite von fünf Metern soll eine Mio. EUR bereitstehen. Nach seinen Informationen soll auf diesem Weg das Radfahren aber nicht erlaubt sein. Das sieht er kritisch, zumal die Vier-Tore-Stadt fahrradfreundliche Stadt werden will und Entsprechendes auch im zu beschließenden Leitbild verankert werden soll.

Des Weiteren hat Ratsherr **Gesswein** dem Nordkurier entnommen, dass die Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes erst im Jahr 2023 erfolgen soll. Aus dem „Städtetag aktuell“ (Ausgabe August/2020) weiß er, dass die Deutsche Bahn ein Förderprogramm für Fahrradständer aufgelegt hat. Er bittet um Beantwortung folgender Fragen:

1. Hat sich die Stadt Neubrandenburg an diesem Förderprogramm beteiligt?
2. Ist die Stadt Neubrandenburg in dieses Förderprogramm aufgenommen worden?
3. Kann die Stadt Neubrandenburg auch Förderung aus dem Programm erhalten, wenn die Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes erst 2023 erfolgt?

Die Anfrage erhält die Drucksachen-Nummer **VII/351** und wird durch die Verwaltung schriftlich beantwortet.

Herr **Witt** nimmt Bezug auf die Frage von Ratsherrn **Gesswein** zur vorgesehenen Nord-Süd-Achse in der Oststadt und erklärt, dass der Weg zwischen Juri-Gagarin-Ring und Robert-Koch-Straße als

Flaniermeile für Fußgänger zur Verfügung stehen soll. Beispielsweise seien dort auch Spielgeräte vorgesehen. Radfahrende sollen die flankierenden Straßen benutzen. Er schlägt vor, das Thema im Stadtentwicklungsausschuss aufzugreifen.

Ratsfrau **Muth** (DIE LINKE) bezieht sich auf die Mitteilung des Oberbürgermeisters, die er in der 4. Sitzung der Stadtvertretung am 11. Dezember 2019 gegeben hat, dass ein Interessenbekundungsverfahren zum „Latücht“ ausgelöst werden soll. Sie bittet um Informationen zum Stand.

Die Anfrage erhält die Drucksachen-Nummer **VII/352** und wird durch die Verwaltung schriftlich beantwortet.

Auf Nachfrage von Ratsfrau **Wegner** (B90/DIE GRÜNEN), bezüglich der Ausschreibung der Stelle eines Klimamanagers, antwortet Herr **Witt**, dass die Stelle noch nicht ausgeschrieben wurde, weil die beantragten Fördermittel noch nicht bewilligt wurden.

Ratsfrau **Kanew** (DIE LINKE) bezieht sich auf die Verlegung der Stolpersteine am 12. Juni 2020 und informiert, dass es am 9. November 2020 als offiziellen Termin einen Stolperstein-Spaziergang geben wird.

Außerdem bittet Ratsfrau **Kanew** um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele Mitarbeitende mit Migrationshintergrund hat die Stadtverwaltung Neubrandenburg?
2. Wie viele Bewerber*innen mit Migrationshintergrund hatte die Stadtverwaltung Neubrandenburg?
3. Wie viele Bewerber*innen mit Migrationshintergrund wurden durch die Stadtverwaltung Neubrandenburg abgelehnt oder eingestellt?

Die Anfrage erhält die Drucksachen-Nummer **VII/353** und wird durch die Verwaltung schriftlich beantwortet.

Ratsherr **Kadow** (fraktionslos) spricht allen Unternehmen seinen Dank aus, die in dieser schwierigen Zeit weitergearbeitet haben, viele auch ohne Corona-Hilfen in Anspruch zu nehmen.

Ratsherr **Gille** (SPD) spricht noch einmal das Thema ausgeschilderte und abgesicherte Freilaufflächen für Hunde an und bedankt sich bei Herrn **Brauns**, Sachgebietsleiter Grünflächen, für die gute Zusammenarbeit. Er informiert über Termine in verschiedenen Stadtteilen, bei denen jeweils um 17:00 Uhr Gespräche mit Interessenten geführt werden sollen: 5. August 2020 (Datzeberg, Platz der Familie), 12. August 2020 (Oststadt, Bushaltstelle Kopernikusstraße), 19. August 2020 (Kaufhof Süd), 26. August 2020 (Weitiner Straße), 2. September 2020 (Lindenberg).

Des Weiteren bittet Ratsherr **Gille** (SPD) um Beantwortung folgender Fragen:

1. Im Stadtentwicklungsausschuss hatte er nachgefragt, ob die Breite des Fahrradweges in der Neustrelitzer Straße stadteinwärts (ab Höhe Kleingartensparte „Gute Hoffnung“) auf einer Länge von ca. 150 Metern nicht zu schmal für den beidseitigen Radverkehr und für Fußgängerverkehr ist. Als Antwort hat er im Protokoll vom Fahr-Rat die Aussage der Stadtverwaltung gefunden, dass die Breite den gesetzlichen Bestimmungen entspricht.
Wo ist das rechtlich geregelt?

2. In der Schillerstraße sind ausreichend Querparkbuchten vorhanden. Trotzdem nutzen viele PKW-Fahrerinnen und –Fahrer die Rasenfläche in Richtung Oberbach (Zufahrt hinter dem Eiscafe in Richtung Wiese) als Parkplatz.

Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, das zu unterbinden?

Die Anfrage erhält die Drucksachen-Nummer **VII/354** und wird durch die Verwaltung schriftlich beantwortet.

Ratsfrau **Dr. Ballschat** (CDU) bittet im Namen von Einwohnerinnen und Einwohnern darum, dass an der Badestelle „Buchort“ Sitzgelegenheiten geschaffen werden. Dort befindet sich momentan nur eine intakte Bank.

Herr **Witt** stellt dar, dass nur eine kleine Uferzone des Tollensesees der Stadt Neubrandenburg gehört, ansonsten liegt „Buchort“ auf dem Gemeindegebiet von Wulkenzin. Er ist aber zuversichtlich, dass mit entsprechenden Rücksprachen dort eine Lösung gefunden werden kann.

Ratsfrau **Barthel** (fraktionslos) thematisiert die Situation im Obdachlosenheim. Hier hatte es vor Monaten einen Rohrbruch gegeben. Sie fragt, was jetzt dort passiert?

Herr **Modemann**, Beigeordneter und 1. Stellvertreter, erklärt, dass der momentane Zustand des Obdachlosenheims keinesfalls optimal, aber gerade noch zulässig sei. Im Ausschuss für Umwelt, Ordnung und Sicherheit hatte er deswegen schon angedeutet, dass sich die Stadt um eine neue Immobilie kümmern muss. Eine erste Überschlagsrechnung des Eigenbetriebes Immobilienmanagement für die Sanierung des Gebäudes lag deutlich über zwei Mio. EUR. Gegenwärtig werde das Nutzungskonzept überarbeitet, um ein Interessenbekundungsverfahren starten zu können. Auch das solle im Ausschuss für Umwelt, Ordnung und Sicherheit vorbesprochen werden.

Auf Nachfrage von Ratsfrau **Muth**, warum die Plattform am Augustabad nicht mehr im Wasser ist, erklärt Herr **Witt**, dass diese wegen der Verordnungen zur Eindämmung des Corona-Virus (Einhaltung der Abstandsregelungen) den Badenden im Moment nicht zur Verfügung steht. Sofern diese Verordnungen nicht mehr greifen, wird die Plattform wieder im Tollensesee angebracht.

Auf Nachfrage von Ratsfrau **Arndt** (AfD) zum Sachstand bezüglich der Klimaanlage in der Kunstsammlung, informiert Herr **Witt**, dass die Leistungen ausgeschrieben sind und wahrscheinlich von einem Bauzeitraum im Herbst ausgegangen werden könne.

Ratsherr **Bromberger** (CDU) spricht an, dass in der Bushaltestelle in der Woldegker Straße (vor WEBASTO) ein Hakenkreuz auf den Boden aufgebracht wurde. Dies sei auch bei der Polizei angezeigt worden. Er bittet um Information, ob schon eine entsprechende Rückkopplung der Polizei mit der Stadtverwaltung/den Stadtwerken erfolgt ist, damit sich um die Entfernung gekümmert werden kann. Die Verwaltung sagt Prüfung zu.

Herr **Witt**

- nimmt Bezug auf die Fragen von Ratsherrn **Dr. Wieland** und den Beschluss des Koalitionsausschusses der beiden Regierungsparteien, den Kommunen unterstützend unter die Arme zu greifen. Dazu seien noch viele Gesetzesänderungen notwendig. Seit dem 23. Juni 2020 liegt der Referentenentwurf der entsprechenden Gesetze vor. Somit sind jetzt erst einmal die kommunalen Spitzenverbände gefragt. Derzeit ist noch nicht zu sagen, wann sich der Bundestag und der Bundesrat damit befassen werden. Insofern rechne er nicht damit, dass die Kompensation schon im Haushaltsjahr 2020 erfolgen wird. Hinsichtlich der Kompensation der Gewerbesteuer ausfälle gibt es den Vorschlag, dass 50 % seitens des Bundes und 50 % seitens der Länder ausgeglichen werden sollen. Jedoch finde sich im Landeshaushalt keine derartige Position. Für das Land Mecklenburg-Vorpommern sind das zwischen 350 und 440 Mio. EUR, die zu kompensieren wären.

Tiefgreifender und langfristiger ist der Vorschlag des Koalitionsausschusses, die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft von bisher 50 % auf 75 % zu erhöhen. Hier ist die Stadt Neubrandenburg ja indirekt über die Kreisumlage beteiligt.

Auch stehen weitere Wirtschaftshilfen für kommunale Unternehmen – insbesondere für Einnahmeausfälle der ÖPNV-Anbieter – in Aussicht.

Am 2. Juli 2020 werden im Kommunalgipfel zur Umsetzung des Konjunktur- und Krisenbewältigungspaketes des Bundes der Städte und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern, der Landkreistag und die Landesregierung verhandeln, wie die Umsetzung auf Landesebene erfolgen kann. Der Städte und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern hat als Hauptforderung die Schaffung eines Corona-Solidaritätsfonds aufgestellt.

In den vergangenen Wochen hat sich die Bundes- und Landespolitik auch mit der Kulturbranche beschäftigt, die extrem unter der Krise gelitten hat, da keinerlei Veranstaltungen durchgeführt werden konnten. Seitens der Städte wurden deutschlandweit unterschiedliche Modelle erarbeitet, um den Kulturschaffenden unter die Arme zu greifen. Derzeit werde in der Kulturabteilung der Stadt Neubrandenburg ein entsprechender Vorschlag erarbeitet. Angedacht sei die Schaffung von Auftrittsmöglichkeiten für Kulturschaffende, insbesondere auch für Kleinkulturschaffende, unter Wahrung der Abstandsregeln und der Verordnungen in der Konzertkirche und anderen städtischen Veranstaltungshäusern bzw. Veranstaltungshäusern städtischer Beteiligungen.

- informiert, dass die Stadt Neubrandenburg eine Bewilligung für die beantragten 9 Mio. EUR aus den im Zuge der FAG-Veränderungen geschaffenen Konsolidierungsmitteln erhalten hat und bedankt sich bei den Ratsfrauen und Ratsherren für die gute Zusammenarbeit bei der Planung und Umsetzung des Haushaltes 2019. Das angekündigte Revisionsgespräch im Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern bezüglich der Konsolidierungsvereinbarung habe noch nicht stattgefunden.
- teilt mit, dass die Warenhauskette Galeria Karstadt Kaufhof am 19. Juni 2020 mitgeteilt hatte, bundesweit mindestens 62 Filialen zu schließen. In Telefonkonferenzen mit dem Präsidium des Deutschen Städtetages, mit dem Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern und nochmals mit Mitgliedern des Deutschen Städtetages wurde die Situation erörtert. Dabei sei man sich einig gewesen, dass es momentan notwendig sei, politisch ein deutliches Signal zu setzen. So gehe es in Neubrandenburg um den Erhalt von 36 Arbeitsplätzen. Auch die Zukunft des Standortes an sich, ist wichtig für die Vier-Tore-Stadt. Das Gebäude fügt sich in die Innenstadtbauung ein. Auch die vielen eigentümergeführten Geschäfte in der Turmstraße profitieren vom Kaufhof.
In den Telefonkonferenzen wurde die unzureichende Kommunikation bemängelt. Weder die Filialen vor Ort, noch die Kommunalen Spitzenverbände oder die Kommunalverwaltungen verfügen über schriftliche Informationen, welche Standorte geschlossen werden sollen. Auffällig ist, dass es sich zu 90 % um Immobilien in A-Lage handelt, die der GmbH nicht gehören, also angemietet sind. Allen Häusern ist auch gemein, dass sie klassische Bauten der 70er und 80er Jahre mit einem entsprechenden Sanierungstau sind.
Das lässt ggf. die Strategie vermuten, dass sich der Konzern umbauen will und die Ankündigung möglicher Schließungen dazu nutzt, bezüglich der Miete oder auch nötiger Investitionen durch die Vermieter in eine bessere Verhandlungsposition zu kommen.
Er habe mit dem Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern und auch mit der Staatskanzlei über das Problem gesprochen. Auch ein Schreiben an die Kaufhofzentrale sei verfasst und Kontakt zum Eigentümer der Immobilie aufgenommen worden. Herr **Witt** schlägt vor, die Ratsfrauen und Ratsherren fortwährend über den weiteren Werdegang zu informieren.
- bezieht sich auf eine kürzlich gegebene Information, dass es ab Juli 2021 verboten sein soll, wesentliche Einwegverpackungen im Umlauf zu bringen. In letzter Zeit sei zu beobachten, dass – obwohl noch drei weitere Mülltonnen mit Presssystem in der Innenstadt aufgestellt

wurden – die Innenstadt zusehends vermüllt. Das hat mit der Corona-Situation und dem damit einhergehenden Außerhausverkauf der Gastronomen zu tun, aber auch mit dem Bewusstsein der Besucher der Innenstadt. Der Gesetzgeber möchte darauf reagieren und so soll es ab Juli 2021 als Ordnungswidrigkeit gelten, wenn Müll im Umlauf gebracht, oder nicht ordnungsgemäß entsorgt wird. Das begrüßt er und hofft, dass damit eine Bewusstseinsveränderung bei der Bevölkerung erreicht wird.

- übermittelt Grüße aus den Partnerstädten Koszalin und Petrosawodsk verbunden mit den Wünschen für Gesundheit der Einwohner*innen und dass alle Folgen der Krise gut überstanden werden.
- informiert über das Lob eines Bürgers für den Mängelmelder. Alle durch diesen gemeldeten Mängel waren umgehend bearbeitet worden.
- spricht die Eröffnung des Spielplatzes in der Ravensburgstraße am 26. Juni 2020 an und freut sich, dass das Spielplatzentwicklungskonzept Früchte trägt. Neben dem Spielplatz in der Ravensburgstraße, dem mit 300.000 Euro größten Projekt im Bereich Spielplatzbau, wurden auch drei kleinere Projekte (Bachstraße 40.000 Euro, Hermann-von-Maltzan-Weg 32.000 Euro, Grünzug Lindenberg Süd 55.000 Euro) zwischenzeitlich realisiert.

Auf Nachfrage von Ratsfrau **Paulitschke** (SPD), bezüglich des Eigentümers der Immobilie, in der sich der Kaufhof befindet, antwortet Herr **Witt**, dass dieses Gebäude einem Hamburger Unternehmen gehört.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** (SPD) regt bezüglich der Müllproblematik an, in Kontakt mit dem Center-Management des Marktplatz-Centers zu treten, um eine gemeinsame Lösung zu finden.

Herr **Modemann** stellt klar, dass hier kein Verschulden des Centers vorliegt, sondern die Corona-Verordnung genau vorgibt, dass in Malls zwar verkauft, nicht aber konsumiert werden darf.

7 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, bittet ein Änderungsblatt zur Drucksache VII/266 (TOP 14) nachzutragen.

Zur Drucksache VII/260 (TOP 17) liegen Änderungsanträge der Fraktionen B90/DIE GRÜNEN (Änderungsantrag Nr. 1) und der Fraktion DIE LINKE (Änderungsantrag Nr. 2) vor.

Ratsherr **Jaschinski** (DIE LINKE) meldet Mitwirkungsverbot für die Drucksache VII/265 (TOP 20) an.

Ratsherr **Steinführer** (CDU) beantragt Rederecht für Herrn **Benischke**, Geschäftsführer der NEUWOGES, zu Punkt 9.

Auf Nachfrage von Ratsherrn **Kadow** (fraktionslos), warum die Drucksache VII/324 erneut auf der Tagesordnung steht, informiert der Stadtpräsident, dass es den Fraktionen freigestellt sei, Anträge mehrfach zu stellen.

Abstimmung über das Rederecht: Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmung über die Tagesordnung: Die Tagesordnung wird mehrheitlich bestätigt.

8 Abhandlung der bestätigten Tagesordnung

Öffentliche Beratungsgegenstände

- TOP 1** **VII/290** Änderung des Beschlusses 04/01/19 Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Hauptausschusses der Stadtvertretung Neubrandenburg
Hier: Abberufung eines stellvertretenden Mitgliedes aus dem Hauptausschuss
Einreicher: AfD-Fraktion

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mit 29 Dafürstimmen und 10 Stimmenthaltungen beschlossen.

Beschlusnummer: 154/09/20

- TOP 2** **VII/291** Änderung des Beschlusses 04/01/19 Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Hauptausschusses der Stadtvertretung Neubrandenburg
Einreicher: AfD-Fraktion

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 155/09/20

- TOP 3** **VII/292** Änderung des Beschlusses 05/01/19 Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Finanzausschusses der Stadtvertretung Neubrandenburg
Hier: Abberufung eines stellvertretenden Mitgliedes aus dem Finanzausschuss
Einreicher: AfD-Fraktion

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mit 29 Dafürstimmen und 11 Stimmenthaltungen beschlossen.

Beschlusnummer: 156/09/20

- TOP 4** **VII/293** Änderung des Beschlusses 05/01/19 Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Finanzausschusses der Stadtvertretung Neubrandenburg
Einreicher: AfD-Fraktion

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 157/09/20

- TOP 5** **VII/322** Neubesetzung eines Mitglieds des Aufsichtsrates der Neubrandenburger Stadtwerke GmbH sowie Benennung eines Ersatzmitgliedes
Einreicher: Fraktion B90/DIE GRÜNEN

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 158/09/20

- TOP 6** **VII/324** Änderung des Beschlusses 08/01/19 Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der beratenden Ausschüsse der Stadtvertretung Neubrandenburg gemäß § 36 Abs. 1 der Kommunalverfassung M-V.
Hier : Abberufung eines Mitgliedes aus dem Ausschuss für Generationen, Bildung und Sport
Einreicher: AfD-Fraktion

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mit 26 Dafürstimmen und 11 Stimmenthaltungen mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 159/09/20

- TOP 7** **VII/325** Änderung des Beschlusses 08/01/19 Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der beratenden Ausschüsse der Stadtvertretung Neubrandenburg gemäß § 36 Abs. 1 der Kommunalverfassung M-V.
Hier: Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds in den Ausschuss für Generationen, Bildung und Sport
Einreicher: AfD-Fraktion

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 160/09/20

- TOP 8** **VII/297** Konzept zur nachhaltigen Aufforstung
Einreicher: AfD-Fraktion

Ratsherr **Kracht** (AfD) erklärt, dass die AfD-Fraktion mit dieser Vorlage zum Umweltschutz in der Stadt Neubrandenburg beitragen möchte. Die gezielte Aufforstung von Flächen in der Stadt würde einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Lebens- und Luftqualität für die Stadtbewohner leisten und Rückzugsräume für Insekten und Pflanzen schaffen. Die Entwicklung eines Konzeptes zur nachhaltigen Aufforstung könne dazu führen, Flächen zu nutzen, die derzeit als Brachflächen keinen Nutzen für die Stadt haben. Deswegen möge die Verwaltung prüfen, an welchen Stadttorten die Pflanzung von Bäumen sinnvoll und möglich wäre. Um die Stadt und private Flächeneigentümer vor unnötig hohen Kosten zu bewahren, sollte die Verwaltung Fördermöglichkeiten durch EU, Bund und Land abprüfen. Er bittet um Zustimmung für die Vorlage.

Ratsherr **Lange** (SPD) kritisiert, dass sich die AfD-Fraktion mit den Grundlagen der Materie nicht vertraut gemacht hätte. Im Bundes- und auch im Landeswaldgesetz wird gefordert, den Waldbestand zu mehren. Der Stadtförster habe ihm auf Nachfrage versi-

chert, dass in Neubrandenburg nachhaltiger Waldbau betrieben wird, es keinen Kahlschlag gibt und somit keine Aufforstung erforderlich ist. Die Stadt Neubrandenburg hat im Stadtgebiet etwa 1.000 ha Wald. Davon sind 80 % im Stadtbesitz, 20 % gehören privaten Eigentümern. Auch diese erwägen derzeit keine massive Aufforstung der Flächen. Hinsichtlich der Forderung der AfD-Fraktion, Fördermöglichkeiten abzuprüfen, hätte ein Blick auf die Homepage des Landwirtschaftsministeriums gezeigt, dass Fördermaßnahmen für Aufforstungen laufen. Auch Umweltverbände fördern die Aufforstung von Streuobstwiesen. Er resümiert, dass es in Neubrandenburg sehr viel Stadtgrün gibt und empfiehlt der Fraktion, sich bei B-Plänen mit ihrem Anliegen einzubringen. Zudem verweist er auf einen wortgleichen Antrag der AfD-Fraktion der Stadt Parchim. Dieser sei seitens der Stadtvertretung abgelehnt worden und er hoffe, dass auch die vorliegende Drucksache abgelehnt werde.

Ratsherr **Schnell** (AfD) betont, dass es nicht um einen Wald als Nutzwald, sondern um die Erhöhung der Lebensqualität in der Stadt gehe. Es sollten Lösungen geschaffen werden, die von der Bevölkerung akzeptiert werden. Er merkt an, dass die Drucksache nicht wortgleich mit der Drucksache aus Parchim sei.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** (B90/DIE GRÜNEN) stellt die Frage, ob in der Stadt überhaupt Flächen zur Aufforstung vorhanden sind. Die Aussage, dass Brachflächen keinen Nutzen hätten, sieht er kritisch. Gerade Bachflächen seien ökologisch wertvoll. Bezüglich des Arguments der CO₂-Minimierung, hätte die AfD-Fraktion mit einer Zustimmung zum Klimaschutzkonzept ein deutliches Signal setzen können. Er schlägt vor, dass sich die Fraktion jetzt in die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes einbringt.

Ratsherr **Kowalick** (DIE LINKE) kritisiert, dass die Begründung der Vorlage nur den Fraktionen zugegangen sei.

Herr **Renner**, Leiter Fachbereich 2, bestätigt, dass die Begründung erst seit heute vorliegt und das deswegen nur ein erstes Statement seitens der Verwaltung gegeben werden kann. Er erklärt, dass es für eine Aufforstung Rechtsetzungsverfahren, zum einen nach dem Waldgesetz, zum anderen im Rahmen der Bauleitplanung, bedarf. Derzeit werde der Flächennutzungsplan der Stadt Neubrandenburg fortgeschrieben. Waldflächen müssen im Flächennutzungsplan dargestellt werden, um sie als solche entwickeln zu können. Im Rahmen der Flächennutzungsplanung habe die Stadtvertretung abzuwägen, welche Flächen für welche Nutzungszwecke zur Verfügung gestellt werden und ob es überhaupt Flächen im Stadtgebiet gibt, auf denen eine Waldmehrung durchgeführt werden kann. Die laufende Fortschreibung des Flächennutzungsplanes ist insofern geeignet, um dieses Thema abschließend zu bearbeiten und es bedarf keiner weiteren gesonderten Konzepte. Natürlich ist die Fläche des Stadtgebietes begrenzt und es gibt jetzt schon Probleme, alle möglichen Flächennutzungsansprüche übereinander zu legen. Das betrifft auch den Umgang mit den Freiflächen, mit den Grünflächen und den Waldflächen. Die Suche nach Ausgleichsflächen im Rahmen der Bauleitplanung wird immer schwieriger. Wenn jetzt Flächen, die scheinbar für die Aufforstung geeignet sind, mit Wald belegt werden, könnten diese als zukünftige Ausgleichsflächen fehlen.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** (CDU) resümiert, dass ein Extra-Konzept eine Doppelung bedeuten würde und zusätzlicher Aufwand vermieden werden soll. Durch die Befassung mit der Bauleitplanung durch die Stadtvertretung werde ja das Anliegen der AfD-Fraktion berücksichtigt.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich abgelehnt.

Beschlusnummer: 161/09/20

TOP 9

VII/333

Anbringung eines Transparentes am Rathaus,
Friedrich-Engels-Ring 53

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Ratsfrau **Kanew** (DIE LINKE) stellt dar, dass die Anbringung des Transparentes einer politischen Entscheidung der Stadtvertretung bedarf. Sie erwähnt, dass für die Fertigstellung des Banners keine Kosten für die Stadt entstehen, da das Transparent bereits bei einer lokalen Druckerei bedruckt worden war sowie bezahlt sei. Die Motividee für das Banner mit der Aufschrift „BLEIBT GESUND UND SOLIDARISCH: NEIN ZU RASSISMUS“ sei im Rahmen einer Kampagne von Amnesty International veröffentlicht worden. In ihrer sehr emotionalen politischen Rede stellt sie an Beispielen dar, dass Menschen, die sich gegen Rassismus engagieren oder Opfer von Rassismus sind, zunehmend diffamiert und überwacht würden – und das sowohl international, als auch in Deutschland. Dabei führt sie auch Beispiele von Übergriffen durch Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte an. Deswegen sei es jetzt notwendiger denn je, ein klares Zeichen gegen Rassismus zu setzen. Menschenrechtverletzungen basierten immer auf Ausgrenzung. Strukturelle Benachteiligung aufgrund von optischen Merkmalen dürfe aber nicht verharmlost und geduldet werden. Die AfD mit ihrer Rhetorik sei mitverantwortlich dafür, dass Rassismus wieder salonfähig geworden sei. So sei sie während eines der so genannten Montagsspaziergänge angegriffen worden. Außer Frage stehe, dass derzeit viele Menschen in belastenden Lebenslagen stecken und die Auswirkungen der Krise noch lange Zeit zu spüren sein werden. Deswegen sei es so wichtig, Solidarität zu zeigen und das verdeutliche das ausgewählte Motiv sehr gut. In Absprache mit Amnesty International wurde das Motiv für den Druck genehmigt und die Idee unterstützt. Sie bitte um Zustimmung für die Vorlage.

Ratsherr **Schnell** (AfD) möchte die Behauptung, dass die deutsche Polizei ein Rassismusproblem hätte, nicht unkommentiert lassen.

Auf Nachfrage von Ratsfrau **Dr. Kuhk** (CDU), ob entsprechende Genehmigungen vorliegen, antwortet Ratsfrau **Kanew**, dass Amnesty International die Genehmigung zur Nutzung erteilt hat.

Ratsherr **Dr. Wieland** (DIE LINKE) unterstützt das Anliegen und die Aussage des Plakates. Er bittet, die Begründung von Ratsfrau **Kanew** nicht falsch zu verstehen. Rassismus und Gewalt gehörten weder innerhalb noch außerhalb von Institutionen zum Zusammenleben. Dem müsse entschieden entgegengetreten werden.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** stellt die Frage an die Verwaltung, ob es hier tatsächlich um eine politische Entscheidung, oder doch eher um Verwaltungshandeln (Genehmigung durch die Verwaltung) geht?

Sie beantragt im Namen der CDU-Fraktion vor der Abstimmung über die Drucksache eine Sitzungsunterbrechung entsprechend § 12 der Geschäftsordnung.

Auf Nachfrage von Ratsherrn **Gille** (SPD), antwortet Ratsfrau **Kanew**, dass das Plakat sechs Monate (bis zum 25. Dezember 2020) am Rathaus angebracht sein soll.

Ratsherr **Kadow** (fraktionslos) führt aus, dass er der Aussage des Plakates an sich voll zustimmt, die durch Ratsfrau **Kanew** gegebene Begründung aber nicht akzeptiert. Hier sei parteipolitisch argumentiert worden.

Herr **Meyer zu Schlochtern**, Abteilungsleiter Recht und Vergaben, versteht die Drucksache der Fraktion DIE LINKE als generelles politisches Bekenntnis der Stadt. Über eine

derartige grundsatzpolitische Aussage könne der Oberbürgermeister nicht allein entscheiden, da sie kein allgemeines Verwaltungshandeln beinhalte. Wenn allerdings die Entscheidung in der Stadtvertretung getroffen wurde, das Banner anzubringen, ist eine Verwaltungsentscheidung nachgelagert, da das Aufhängen des Plakates bauantragspflichtig ist. Zunächst sei aber die Frage zu erörtern, ob sich die Stadtvertretung hinter dem Banner versammelt oder nicht.

Ratsherr **Prof. Dr. Northoff** (SPD) stimmt dem Antrag der Fraktion DIE LINKE zu, hat aber auch Schwierigkeiten mit der gegebenen Begründung. Die Polizei sei ein Spiegelbild der Gesellschaft. Er wehre er sich dagegen, Freibriefe oder pauschale Verurteilungen auszusprechen. Es gehe darum, die Polizei bestmöglich auszubilden und zu sensibilisieren, damit es nicht zu Übergriffen kommt. In Richtung der Frage von Ratsfrau **Dr. Kuhk** befindet er, dass es sich hier sehr wohl um eine politische Entscheidung handelt.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** (SPD) erinnert an eine ähnliche Situation in der Amtszeit von Herrn Dr. Krüger. Damals ging es darum, ein Banner gegen Extremismus am Rathaus anzubringen. Diese damalige Entscheidung war auch durch die Stadtvertretung getroffen worden.

Ratsherr **Lange** (SPD) führt aus, dass er seit 40 Jahren Polizist ist. Bezüglich Rassismus in den Reihen der Polizei werde sehr aufgepasst. Den Vergleich amerikanischer Verhältnisse mit denen hier in Deutschland findet er unangebracht. Der Botschaft des Banners stimmt er zu.

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, unterbricht die Debatte und weist in Richtung der Gäste darauf hin, dass entsprechend der Geschäftsordnung unautorisierte Film- und Tonaufnahmen der Sitzung unzulässig sind und fordert einen Gast auf, dies zu unterlassen.

Ratsherr **Steinführer** (CDU) sieht die anhaltende Debatte als Indiz dafür, dass es hier sehr wohl um eine politische Botschaft geht. In Richtung von Ratsfrau **Kanew** versichert er, dass die Kolleginnen und Kollegen der Polizei auch für ihre Sicherheit 24 Stunden am Tag ihren Dienst leisten. Neutralitätspflicht sei den Polizeibeamtinnen und -beamten ins Stammbuch geschrieben. Diese Neutralitätspflicht gelte aber für alle Beamtinnen und Beamte und insofern sei zu hinterfragen, ob diese durch das Anbringen eines politischen Plakates am Rathaus beeinträchtigt wird? Als Privatperson könne er sich mit der politischen Botschaft des Banners sehr gut identifizieren, als Polizeibeamter findet er es schwierig, dieses am Rathaus anzubringen. Insofern bittet er um Prüfung aus rechtlicher Sicht.

Ratsherr **Dr. Wieland** sieht in der Aussage des Banners zwar eine politische Botschaft, die die Polizei aber sehr wohl mittragen kann, weil es eine moralische Botschaft ist.

Herr **Meyer zu Schlochtern** erklärt, dass das Gebäude Friedrich-Engels-Ring 53 derzeit nicht als Rathaus genutzt werde. Der § 5 (1) des Parteiengesetzes verpflichte zu parteipolitischer Neutralität. Hier sei aber keine parteipolitische Aussage zu erkennen, sondern eher, wie durch Ratsherrn **Dr. Wieland** dargestellt, eine moralische.

Ratsfrau **Wegner** (B90/DIE GRÜNEN) erklärt, auch über Teile der Begründung gestolpert zu sein. Es ginge jetzt aber um die Frage, ob sich die Stadtvertretung hinter dem Banner versammeln kann, oder nicht. Sie kann für sich die Frage eindeutig mit Ja beantworten.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** und Ratsherr **Prof. Dr. Northoff** nehmen Bezug auf die gesetzlichen Pflichten von Beamtinnen und Beamten und stellen klar, dass diese sich ausdrücklich zum Inhalt des Banners bekennen müssen.

Die Sitzung wird von 16:50 Uhr bis 17:00 Uhr unterbrochen.

Ratsherr **Bromberger** (CDU) stellt den Änderungsantrag, das Banner mit dem Logo der Stadt Neubrandenburg bedrucken zu lassen. Das Thema könne dann über die Partnerschaft für Demokratie laufen und damit würde die Stadtvertretung Neubrandenburg ein deutliches Zeichen gegen Rassismus setzen. Aufgrund der Begründung, die durch Ratsfrau **Kanew** gegeben wurde, kann die CDU-Fraktion sich der Vorlage ansonsten nicht anschließen.

Er wirbt ausdrücklich dafür, als Stadtvertretung ein Zeichen gegen Rassismus zu setzen, dieses aber über die Partnerschaft für Demokratie laufen zu lassen und damit deutlich nach außen zu zeigen, dass die Stadt sich engagiert.

Auf Nachfrage von Ratsherrn **Dr. Kirchhefer** (B90/DIE GRÜNEN) antwortet Ratsherr **Bromberger**, dass das Motiv des Banners bleiben und dieses auch bis zum 25. Dezember 2020 am Rathaus hängen solle. Jedoch müsse der Verweis auf die Stadt Neubrandenburg in Form ihres Logos auf das Banner.

Ratsfrau **Kanew** stellt klar, dass dies ein Verstoß gegen das Urheberrecht sei. Auf dem Plakat sei das Logo von Amnesty International aufgebracht.

Ratsherr **Kowalick** (DIE LINKE) kann dem Antrag der CDU-Fraktion nicht folgen, denn wenn die Stadtvertretung beschließt, das Plakat anzubringen, werde doch ein deutliches Zeichen gesetzt.

Ratsherr **Prof. Dr. Freigang** (B90/DIE GRÜNEN) erinnert, dass nicht über die Begründung, sondern über die Vorlage abgestimmt werde. Den Antrag, das vorliegende Banner noch einmal anfertigen zu lassen, kann er nicht nachvollziehen.

Ratsherr **Steinführer** verweist auf die Drucksache, in der ein Bild des Banners ohne das Logo von Amnesty International abgebildet ist, und bittet darum, das Banner zu zeigen.

Das Banner wird gezeigt.

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, stellt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Abstimmung.

Der Antrag wird abgelehnt.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 162/09/20

- TOP 10** **VII/298** Informationsvorlage
 Bericht des Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses an die Stadtvertretung Neubrandenburg über die Erfüllung der Aufgaben der örtlichen Prüfung für das Haushaltsjahr 2019 gemäß § 3 Abs. 3 Kommunalprüfungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern (KPG M-V)

Einreicher: Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses

Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Ratsherr **Kadow** (fraktionslos), bedankt sich bei allen, die mit der Prüfung befasst waren.

Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- TOP 11** **VII/299** Informationsvorlage
 Bericht der Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes gegenüber dem Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses und der Stadtvertretung Neubrandenburg über die Erfüllung der Aufgaben der örtlichen Prüfung für das Haushaltsjahr 2019 gemäß § 3 Abs. 4 Kommunalprüfungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern (KPG M-V)

Einreicher: Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- TOP 12** **VII/233** Wahl des stellvertretenden Gemeindewahlleiters der Stadt Neubrandenburg
 Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 163/09/20

- TOP 13** **VII/326** Änderung Wirtschaftsplan 2020 der Stadt Neubrandenburg
 Eigenbetrieb Immobilienmanagement

Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 164/09/20

- TOP 14** **VII/266** Satzung für den „Eigenbetrieb Immobilienmanagement der Stadt
 1 Änderungs- Neubrandenburg“
 blatt (Betriebssatzung)

Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

Beschlusnummer: 165/09/20

- TOP 15** **VII/228** Zusammenarbeit mit dem Landkreis Mecklenburgische Seenplatte
1 Änderungs- betreffend die Musikschule Kon.centus am Standort Neubranden-
blatt burg;
hier: Musikschulgebäude, Kooperation und Mitwirkung
- Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

Beschlusnummer: 166/09/20

- TOP 16** **VII/240** Sicherung der mittelfristigen Haushaltsdurchführung;
2 Änderungs- hier: Festsetzung von Prüfaufträgen
blätter Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

Beschlusnummer: 167/09/20

- TOP 17** **VII/260** Leitbild der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
1 Änderungs- Einreicher: Oberbürgermeister
blatt

Ratsfrau **Wegner** (B90/DIE GRÜNEN) führt aus, dass sich ihre Fraktion eine umfangreichere Diskussion mit Bürger*innen gewünscht hätte, um gemeinsam ein Leitbild für die Stadt zu finden. Der gewählte Weg, aus verschiedenen Beteiligungsprozessen zu anderen Themenbereichen Gedanken für das Leitbild herauszuziehen, sei nicht zufriedenstellend. Sie räumt aber ein, dass die Situation unter Corona-Bedingungen solchen Beteiligungsprozesses im Moment enge Grenzen setze. Um die Stadt voranzubringen, wird sich die Fraktion B90/DIE GRÜNEN dem Leitbild nicht in den Weg stellen. Im Änderungsantrag Nr. 1 hat die Fraktion aber einige wichtige Aspekte formuliert. Sie wirbt um Zustimmung für den vorliegenden Antrag und bekräftigt, dass die durch die Fraktion DIE LINKE im Änderungsantrag Nr. 2 beantragten Änderungen die Zustimmung der Fraktion B90/DIE GRÜNEN finden.

Ratsfrau **Muth** (DIE LINKE) thematisiert den unterschiedlichen Anspruch, der mit dem seit Mai diskutierten und jetzt zu beschließenden Leitbild einhergeht. Es soll Alleinstellungsmerkmale der Stadt kommunizieren, Orientierung für die Zukunft geben und es soll auch Marketinginstrument sein. Es ist umfangreich in den Ausschüssen debattiert worden. Sehr erfreulich findet sie dabei, dass die Verwaltung Wort gehalten und die Anregungen aus den Ausschüssen in einem Änderungsblatt formuliert habe. Die Fraktion DIE LINKE habe sich entschieden, das vorliegende Leitbild mit dem vorliegenden Änderungsantrag Nr. 2 zu qualifizieren und sehe deshalb von der anfänglichen Überlegung der Notwendigkeit einer 2. Lesung ab. Sie bittet um Zustimmung für den Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion DIE LINKE.

Ratsherr **Prof. Dr. Nordhoff** (SPD) bekräftigt, dass es gut sei, dass die Stadt Neubrandenburg ein Leitbild bekommt. Es sei auch in Ordnung, dass umfangreich darüber diskutiert wurde. Natürlich seien die Schwerpunktsetzungen der Fraktionen unterschiedlich. Das zeige, dass die Stadt vielfältige Meinungen hat und diese auch vertragen kann. Gern hätte er im Leitbild mehr zur Hochschule und auch zur Kultur (Museen, TOG) und

Vereinen gefunden, konnte sich aber mit seiner Ansicht im Ausschuss nicht durchsetzen. Mit den eingebrachten Änderungsvorschlägen könne er gut leben.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** vertritt die Auffassung, den Prozess der Leitbilddiskussion zum Abschluss zu bringen. Nach seiner Erfahrung mit Leitbildern aus seinem Berufsalltag sollte weniger Energie darauf verwandt werden, das Leitbild zu entwickeln, als auf die Umsetzung. Es sei wichtig, sich um das Delta zwischen Leitbild und Wirklichkeit zu kümmern. Handlungen müssen nach dem Leitbild messbar gemacht werden, da dieses sonst nur eine Vorlage mit Blick auf Drittmittelinwerbung sei.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, bedankt sich für die konstruktive und kreative Diskussion in den Ausschüssen und erklärt, dass die Verwaltung sich die beiden Änderungsanträge zu eigen macht.

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, stellt die so geänderte Vorlage zur Abstimmung.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 168/09/20

TOP 18 **VII/300** Aufnahme von Minderjährigen aus griechischen Flüchtlingslagern
Einreicher: Oberbürgermeister

Ratsherr **Prof. Dr. Freigang** (B90/DIE GRÜNEN) freut sich, dass diese Vorlage eingebracht wurde und ruft dazu auf, mit breiter Zustimmung ein Signal und eine Geste der Humanität zu setzen.

Ratsherr **Dr. Wieland** (DIE LINKE) unterstützt das Anliegen und erwartet von der Bundes- und Landesregierung zügigeres und entschlosseneres Handeln.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 169/09/20

TOP 19 **VII/229** Informationsvorlage
Bericht über die Annahme von Spenden 2019
Einreicher: Oberbürgermeister

Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Ratsherr **Jaschinski** (DIE LINKE) verlässt den Abstimmungsbereich.

TOP 20 **VII/265** Beschluss über die Annahme einer Geldzuwendung der Bürgerstiftung
1 Änderungs- Neubrandenburg durch die Stadtvertretung – Herstellung und
blatt Verlegung der ersten Platte des „Walk of Sports“ in der Stargarder
StraÙe zur Ehrung des Herrn Andreas Dittmer

Einreicher: Oberbürgermeister

Ratsherr **Giermann** (CDU) freut sich, dass die Annahme der Geldzuwendung für dieses

besondere Kunstwerk zur Abstimmung steht. Der Neubrandenburger Walk widmet sich dem Thema Sport. Der zu fassenden Beschluss sei ein Bekenntnis zur vergangenen erfolgreichen Sportgeschichte der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg. Das Projekt soll aber nicht nur ein Blick in den Rückspiegel sein. Es soll vielmehr junge Sportlerinnen und Sportler motivieren, in der Zukunft sportliche Erfolge zu sammeln und sich ihre Träume zu verwirklichen. Diese Träume hat sich der Neubrandenburger Ausnahmeathlet Andreas Dittmer, dem die erste Platte gewidmet sein wird, erfüllt. Sobald die Situation es zulasse, werde Andreas Dittmer nach Neubrandenburg kommen, um die Platte zu enthüllen. Besonderer Dank gilt den Neubrandenburger*innen, die sich eingebracht haben, der Bürgerstiftung und dem Sportkoordinator der Stadtverwaltung, Herrn Ramp.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

Beschlusnummer: 170/09/20

Ratsherr **Jaschinski** betritt wieder den Abstimmungsbereich.

TOP 21	VII/232	Sanierungsgebiet „Altstadt“ und „Altstadt-Vor dem Treptower Tor“ Einleitung Voruntersuchung zur Gebietserweiterung „Kulturpark und Umgebung“ Einreicher: Oberbürgermeister
---------------	----------------	---

Ratsherr **Gesswein** (CDU) fragt, warum sich das Gebiet nicht nach Süden hin bis zum Augustabad und nach Westen bis zum Belvedere erstreckt.

Herr **Renner**, Leiter Fachbereich 2, erklärt, dass Städtebauförderung durch das Land Mecklenburg-Vorpommern in Aussicht gestellt wurde. Gerne hätte die Stadt die angrenzenden Bereiche mit Handlungsbedarf wie z. B. den Promenadenweg Richtung Süden sowie das Gebiet um das Strandbad Broda bis hin nach Belvedere mit aufgenommen. Der Fördermittelgeber möchte aber, dass sich die Stadt hinsichtlich der Gebietserweiterung bescheidet und diese möglichst auf den Kulturpark beschränkt. Die dargestellte Gebietserweiterung ist mit dem Fördermittelgeber vorabgestimmt und momentan das maximal Mögliche.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

Beschlusnummer: 171/09/20

TOP 22	VII/276	Städtebaulicher Rahmenplan der Stadt Neubrandenburg „Nordstadt-Ihlenfelder Vorstadt“ 1. Fortschreibung hier: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss Einreicher: Oberbürgermeister
---------------	----------------	---

Beschlussfassung: Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

Beschlusnummer: 172/09/20

- TOP 23** **VII/277** Bebauungsplan Nr. 65 „Gerstenstraße“
hier: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 173/09/20

- TOP 24** **VII/278** Städtebaulicher Rahmenplan Innenstadt 1. Änderung der 3. Fort-
schreibung
hier: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

Beschlusnummer: 174/09/20

- TOP 25** **VII/281** Bebauungsplan Nr. 123
„Erich-Zastrow-Straße/Max-Adrion-Straße“
hier: 3. Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

Beschlusnummer: 175/09/20

- TOP 31** **VII/235** Beschluss über die Annahme einer Spende der Frau Bettina Otto
durch die Stadtvertretung – Aufstellung einer Parkbank zum Ge-
denken an Prof. Ulrich Raubach am Tollensesee
Einreicher: Oberbürgermeister

Ratsherr **Stieber** (SPD) führt aus, dass die SPD-Fraktion die Drucksache ablehne, weil das nicht der richtige Weg sei, sich über solche Konstrukte Ehrungen ausdrücken zu lassen. Dafür sollte – wie bereits angedacht – zukünftig die Arbeitsgruppe Ehrungen zuständig sein.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** (SPD) spricht sich auch gegen die Drucksache aus. Jedoch könne hier auch eine Chance liegen. Wenn die Stadt meint, solche Produkte fördern zu wollen, dann sollte darüber nachgedacht werden, diese in einen Shop anzubieten.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, räumt ein, dass es sich um eine etwas ungewöhnliche Spendenvorlage handelt. Jedoch wurden in der jüngeren Stadtgeschichte z. B. auch öfter Rosenstöcke oder Bäume in Erinnerung an den Tag der Eheschließung bzw. anlässlich der Geburt von Kindern gepflanzt.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 176/09/20

Es folgt ein nichtöffentlicher Teil.

Nach Herstellung der Öffentlichkeit wird die Sitzung um 20:11 Uhr geschlossen.

gez. **Dieter Stegemann**
Stadtpräsident

gez. **Andrea Hänsch**
Protokollantin